



Fotos: Ms. Magazine 1972

Afghanistan und die Frauen-Wehrpflicht

Ich wohne zur Zeit in Berkeley, und jeden Tag, wenn ich im Fernsehen die Nachrichten ansehe, rechnet mir ein Sprecher mit Leidensmiene und betrübter Stimme vor, wieviel Tage die Geiseln jetzt schon in der Botschaft von Teheran sitzen. Die Berichte über das sowjetische Vorgehen in Afghanistan (so nenne ich das mal vorsichtshalber) klingen, als würden die Truppen bereits im Garten des Weißen Hauses herumspazieren. Die afghanischen Moslems werden als „mutige Kämpfer, die für ihre Freiheit zu sterben bereit sind“, bezeichnet, die persischen Moslems dagegen sind „marxistische Terroristen

und fanatische Feinde der Freien Welt“. Jimmy Carter zeigt sich beleidigt, will nicht mitspielen. Auf dem Fernsehschirm sind keine Frauen zu sehen.

Aber es passieren noch andere Sachen: Am 22. Januar war der 7. Jahrestag des amerikanischen Abtreibungsgesetzes, dessen liberale Bestimmungen (Abtreibung auf Krankenschein mit breitem Indikationskatalog) seit drei Jahren immer mehr eingeengt wurden. In allen größeren Städten gab es Demonstrationen; und oft war die Gruppe derer, die wollen, daß Abtreibungen verboten werden, größer als derer, die für das Selbstbestimmungsrecht der Frau

auf die Straße gingen. In Washington waren es fast 5.000 Menschen, die gegen das Recht auf Abtreibung demonstrierten; und Anita Bryant, die vor allem gegen Homosexuelle zu Felde zieht, gab am Ende der verregneten Kundgebung die „Battle Hymn of the Republic“ zum besten und verkündete: „Unsere Aufgabe ist es, unsere Kinder zu beschützen, und nicht, sie zu vernichten.“ Das Publikum applaudierte.

Am 23. Januar hielt Jimmy Carter seine Rede über die „Lage der Nation“, und in dieser Rede versicherte er, die USA würden den Persischen Golf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen, und da seien militärische Aktionen nicht auszuschließen. Deshalb sei er dafür, die militärische Meldepflicht wieder einzuführen – der erste Schritt zur allgemeinen Wehrpflicht, die seit 1973 abgeschafft war. Das Publikum applaudierte.

Am nächsten Tag wurde in den Nachrichten bekannt gegeben, daß die Profite der Ölkonzerne im Vergleich zum Vorjahr um 50-100 % gestiegen sind. Exxon kann zwar nur 54 % vorzeigen, aber das sind 4,6 Milliarden Dollar – mehr als je ein anderer Konzern gemacht hat. Pressesprecher sagten auf Befragen, daß da natürlich auch die Wehrpflicht für Frauen nicht auszuschließen sei.

Am gleichen Tag war in Kalifornien ein Erdbeben, und es besteht der Verdacht, daß ein Kernforschungsinstitut in Livermore (etwa eine Autostunde von San Francisco entfernt), in dem große Mengen von Plutonium gelagert sind, durch die Stöße so erschüttert wurde, daß die sogenannte Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist.

Diese Freie Welt will Carter verteidigen, und deshalb will er durchsetzen, daß alle Staatsbürger, die zwischen 18 und 26 sind, auf dem nächsten Postamt ein Formular ausfüllen, damit sie jederzeit zur Musterung abgeholt und dann eingezogen werden können. Bis jetzt hat er sich noch nicht eindeutig zur Frage geäußert, ob das auch für Frauen gelten soll, das will er erst am 9. Februar tun. Seine Frau Rosalynn allerdings, die Graue Eminenz, läßt Äußerungen verlauten wie: „Realistischerweise müssen wir auch Frauen einziehen, wenn wir Männer einziehen. Im Moment soll niemand eingezogen werden, aber wir sollten darauf vorbereitet sein. Jimmy glaubt, das sei wichtig, falls ein nationaler Notstand eintritt.“

Rosalynn Carter hätte es sicher nicht gern, wenn ihre Tochter Amy eingezogen würde. Aber das würde auch nicht eintreten. „Die weiße Mittelklasse hatte sowieso immer über Mittel und Wege verfügt, um der Wehrpflicht zu entgehen“, sagte Vivienne zu mir. Sie arbeitet als Redakteurin bei der hiesigen Frauenzeitung „Plexus“ und ist schwarz. „Sieh dir doch die Statistiken über den Vietnamkrieg an: der Prozentsatz von Farbigen, die dort gestorben sind, ist unvergleichlich höher als der Prozentsatz von Farbigen in der Gesamtbevölkerung. Und das werden auch diesmal wieder die Leute sein, die verschickt werden: Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Leute ohne Ausbildung – alle billigen Ausbildungskräfte. Zu denen gehören wir Frauen fast alle. Wenn du aus der 3. Welt bist oder eine Frau bist oder beides – unsere Wirtschaft kann dich entbehren. Das ist kein Krieg für uns, wie uns diese Lügenbrüder erzählen wollen, das ist imperialistische Scheiße.“

Das Argument, mit dem die Männer (und leider nicht nur sie) hausieren gehen, um die Wehrpflicht für Frauen begründen zu können, ist die Gleichberechtigung. Carter sagt ja auch, er sei für die ERA (equal rights amendment, die

verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Frau) – die allerdings immer noch nicht verabschiedet ist. Seine Frau ist auch dafür, deswegen findet sie Wehrpflicht für Frauen „realistisch“. Nach dem Motto: Wenn schon – denn schon. Und sie nennen sich alle gerne liberal, dem Fortschritt zugewandt. Nein, sagen sie, wir sind nicht wie die Konservativen, die sich um Anita Bryant versammeln, gegen die ERA sind, der Frau den Platz im Haus zuweisen und gegen die Wehrpflicht für Frauen sind. Die Liberalen wollen alle in den Krieg schicken.

Wenn schon, denn schon . . .

Innerhalb der Frauenbewegung gibt es verschiedene Antworten zu dieser Frage. Auch hier kommen Frauen mit dem Wenn-schon-denn-schon-Argument. Eine Vertreterin von NOW (National Organization for Women) lehnte die Wehrpflicht für Frauen mit der Begründung ab, die Armee sei zu männlich-patriarchalisch strukturiert, Gleichberechtigung für Frauen gebe es da nicht. „Erst wenn garantiert ist, daß wir genau gleich behandelt werden, kommen wir.“ Guten Tag, Frau General! Gloria Steinem, die Herausgeberin von MS-Magazine, meinte, als sie zu Carters Rede befragt wurde: „Es wäre wirklich absurd – dann hätten wir zwar die Wehrpflicht, aber noch lange keine ERA.“ Aber danach fuhr sie fort: „Wenn wir uns in einem wirklichen Verteidigungszustand befänden – ich glaube nicht, daß das im Moment der Fall ist – dann sollten die Leute nach ihrer Eignung und nicht nach ihrem Geschlecht verpflichtet und

eingezogen werden.“ Also doch. Aber da ist wieder die Frage: Wer hat die Macht festzulegen, was ein „Verteidigungsfall“ ist?

Es gab hier sofort eine große Kundgebung auf dem zentralen Universitätsplatz, zu der mehr Leute kamen als seit langem zu politischen Veranstaltungen. Das Gefühl unmittelbarer Bedrohtheit war größer noch als bei Harrisburg. „Sie behaupten, sie würden uns Frauen bei der Wehrpflicht gleichberechtigt mit den Männern behandeln“, sagte Helen Michalovsky, die Sprecherin der Antikriegsliga, „aber für uns bedeutet es nicht Gleichberechtigung, wenn uns jemand die Möglichkeit gibt, Leute umzubringen. Wir werden Widerstand leisten.“

Und gestern mittag saß ich im Cafe mit Pamela Allen, die vor vielen Jahren in „Frauen gemeinsam sind stark“ den Artikel „Der Freiraum“ geschrieben hat, den wir in der Freiburger Frauengruppe damals alle gelesen haben. Die Sonne schien, immerhin ist das hier Kalifornien. „Weißt du“, sagte sie, „wenn ich dann solche Geschichten lese wie die von dem 33-jährigen Vietnamveteranen, der an Gehirnkrebs stirbt, weil er mit dem Giftgas ‚Agent Orange‘ in Kontakt gekommen ist, das sie in Vietnam verwendet haben, um die Wälder zu entlauben – wenn ich lese, daß er wahrscheinlich nicht lange genug leben wird, um in einem Schadensersatzprozeß aussagen zu können – da wird einem doch die ganze Absurdität der Gleichberechtigungsfrage in diesem kapitalistischen System klar. Gleichheit in der Unterdrückung ist noch lange nicht Freiheit.“

Adelheid Zöfel



Gleichheit in der Unterdrückung ist noch lange nicht Freiheit